

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drohanschrift: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241
Aus für Nachgespräche: 20 011.

Für Fleischwaren
Lobeck's- Dreiring-
Kakao, Schokolade,
Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1838. * 16 mal prämiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 33/40.
Berlin von Sieglin & Reichardt in Dresden.
Postfach-Sacko 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei 10 Pf. zweimal. Zeitungung ab durch die Post bei 10 Pf. zweimal. Verlag monatl. 30 Pf. vierfachjährl. 90 Pf. **Ungelegen-Preise.** Die Spalt. 32 mm breite Zeile 7 Pf. außerh. Sachens 8 Pf. Kommissionen, Anzeigen und Stellen- u. Wohnungsmarkt, Spalt. 16 Pf. Verhältnisse die Zeile 5 Pf. Vierzaghälfte 15 Zent. Ausw. Aufträge geg. Verrechnung. — Einzelnummer 1.50, Sonntagsausgabe 2.50. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gestattig. — Unterfangene Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Der Bericht des Anleiheausschusses.

Übermittlung an die Reparationskommission.

Paris, 10. Juni. Das internationale Anleihekomitee trat heute vormittag um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammen, die bis 12 Uhr dauerte. Es konnte die Schlußredaktion seines für die Reparationskommission bestimmten Beschlusses vollenden. Sodann vertrat es sich, ohne daß es irgendwelchen Beschluss über seinen späteren Wiederzusammentritt führte. Die früher gemeldete Vertragsung auf drei Monate wird in dem Protokoll nicht erwähnt. Die Reparationskommission trat um 2 Uhr nachmittags zusammen, um den Bericht des Anleihekomitees zu prüfen.

Der Bericht des Anleihekomitees

Schildert zuerst eingehend die Bestimmungen, auf Grund derer das Komitee berufen wurde. Sodann wird die durch die bekannte Antwort der Reparationskommission vom 1. Juni entstandene Lage in folgenden Ausführungen geschildert:

Nach Empfang dieser Antwort, die ergab, daß der Haupthaubiger Deutschlands nicht wünschte, daß irgend eine Empfehlung erfolge, die die Möglichkeit neuer Begrenzungen von Deutschlands Verpflichtungen mit sich bringen könnte, beschloß das Komitee,

dah es im Augenblick seine Untersuchungen mit Rücksicht nicht forsetzen könnte, und dah es sich deshalb darauf beschränken müsse, eine Antwort auf die ursprünglich an es gerichtete, in einem eingeschränkteren Sinne ausgelegte Frage zu erläutern und gleichzeitig seine Gründe für diese Entschließung anzugeben.

Von Anfang an waren die Bankiers einmütig der Ansicht, daß sie bei Auslegung der für sie maßgebenden Bestimmungen in einem eingeschränkteren Sinne für eine auswärtige Anleihe keine Aussicht bieten könnten. Einige Mitglieder waren jedoch der Meinung, daß, wenn die Kommission oder die Regierungen hinsichtlich der jährlichen Zahlungen, die sie von Deutschland zu fordern beabsichtigten, eine bestimmte Feststellung machen würden, so sie gegenwärtig vorhanden ist, die Aussichten einer derartigen Anleihe als günstig erachtet werden könnten. Hätten die Mitglieder eine

einschlägige Aufforderung

erhalten, festzustellen, welche Begrenzungen dieser Zahlungen nach ihrer Ansicht eine notwendige Bedingung für den auswärtigen Kredit sein würden, so wären sie froh gewesen, dem zu entsprechen. Derartige Begrenzungen wären jedoch nur als Bedingungen einer Anleihe empfohlen worden für den Fall, daß eine Anleihe gewünscht würde. Sie würden kein Urteil über die Beiträge mit sich gebracht haben, die die Kommission erachten könnte oder sollte, falls die Regierungen sich damit begnügen würden, auf jährliche Zahlungen zu warten, ohne dabei vorher im Wege der Anleihe zu mobilisieren. Selbst wenn die Kommission oder die Regierungen die Ansicht des Komitees als vernünftig betrachtet haben würden, hätten sie volle Freiheit gehabt, sich dorthin schlässig zu machen, auch weiter einer

Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit

und einer entsprechenden Feststellung der Zahlungen von Jahr zu Jahr den Vorsprung zu geben. Mit anderen Worten, jede etwa genannte Differenz hätte notwendigerweise keine Aussicht über die voransichtlich größte Leistungsfähigkeit Deutschlands, sondern nur eine Aussicht über die Beiträge dargestellt, welche nach Überzeugung der gebildenden Kreise der Welt, die ihr Urteil unter all den ungewöhnlichen Gegebenheiten der gegenwärtigen Lage bilden müssen, bestimmt innerhalb der deutschen Leistungsfähigkeit liegen. Selbst so vorsichtig geprägte Zahlungen würden noch sehr beträchtlich sein.

Das Ergebnis des Berichtes

des Anleiheausschusses wird schließlich wie folgt zusammengefaßt:

Wenn das Komitee sich gezwungen sah, die Aussichten einer Anleihe bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands entmutigend zu beurteilen, so wünscht es als Schlussergebnis nicht weniger deutlich

seine Überzeugung

festzustellen, daß, sofern die notwendigen Bedingungen für die Beliebung des deutschen Kredits vernünftig werden können, ansehnliche Anleihen auf allen Hauptmärkten der Welt mit Erfolg flüssig gemacht werden könnten. Rein finanzielle Bedingungen sind jetzt der Ausgabe solcher Anleihen entschieden günstig, günstiger als zu irgendeiner Zeit seit dem Kriege. Das Komitee wünscht der Kommission zu versichern, daß es den ernstesten Wunsch hat, alles, was in seiner Macht liegt, zu tun, um die Aufnahme solcher Anleihen zu fördern, wenn die Bedingungen, auf welche es verwiesen hat, sichergestellt werden können. Es ist sich im Innersten bewußt, welche weitgehende Hilfe für die wirtschaftliche Wiederherstellung der ganzen Welt durch die allmäßliche Umwandlung der deutschen Verpflichtungen aus einer Schuld an Regierungen in eine Schuld an privaten Kapitalisten geboten werden würde, welche sich wie andere öffentliche Schulden nicht auf äußere Zwangsmaßnahmen (Sanctions), sondern auf den allgemeinen Kredit des Schuldnerlandes gründen würde. Es ist allerdings der Meinung, daß die Wiederaufnahme normaler Handelsbeziehungen zwischen den Ländern und die Stabilisierung der Währung ohne endgültige

Regelung der Reparationszahlungen und anderer öffentlicher Schulden unmöglich ist. Wenn daher zu irgend einer Zeit die Kommission in der Lage ist, durch einstimmige Entschließung die Einladung zu wiederholen, welche jetzt nur durch Mehrheitsbeschuß einer Ausdehnung erfahren hat, wird das Komitee sich freuen, wieder zusammenzutreten und die jetzt unterbrochene Untersuchung wieder aufzunehmen. Es kann nicht wissen, ob die alliierten Regierungen in der Lage sein werden, die notwendigen Bedingungen anzunehmen, aber für diesen Fall wiederholt es, daß es die Hoffnung hat, daß ansehnliche Anleihen aufgenommen werden können.

Endlich wünscht das Komitee darauf hinzuweisen, daß in der Zwischenzeit und selbst während des Zeitraums zwischen einer erneuten Einladung und dem Abschluß der folgenden Verhandlungen

Deutschlands finanzielle Lage

offensichtlich mit erster Gefahr bedroht ist. Weltläufige Verhandlungen über eine große und langfristige Anleihe können zu lange währen, wenn ihnen nicht sofortige Hilfe vorhergeht. Aber falls das Problem unter den angezeigten Umständen und mit wirklicher Aussicht auf eine endgültige Regelung erneut erwogen werden sollte, ist das Komitee der Ansicht, daß die Hindernisse, die gegenwärtig einer Anleihe entgegenstehen, sich wahrscheinlich nicht als unüberwindlich erweisen werden. Mit wirklicher Hoffnung auf eine endgültige Regelung innerhalb angemessener Frist würde es viel leichter sein,

eine kurzfristige fundierte Anleihe aufzustande zu bringen, in einem Maße, um Deutschlands Kredit vor dem Zusammenbruch während der Dauer der Verhandlungen zu bewahren. Das Komitee braucht kaum hinzuzufügen, daß es unter diesen Umständen sich freuen würde, jede in seiner Macht liegende Unterstützung sowohl hinsichtlich einer derartig begrenzten Anleihe, als auch hinsichtlich des größeren und bedeutungsvollen Problems zu gewähren.

Der französische Delegierte Sergeant hat den Bericht nicht mit unterzeichnet.

Das Urteil der französischen Presse.

Paris, 11. Juni. Die Morgenblätter stimmen in ihrer Einigung über den Schlussergebnis des internationalen Anleiheausschusses überein. Das Gutachten der Bankiers, sagt „*Matin*“, bestätigt entschieden den deutschen Standpunkt, weil dieser den Interessen der internationalen Finanz entspricht. Dagegen bringt das Gutachten dem französischen Steuerzahler nichts Positives.

So haben wir uns zwar der Gefahr der Notierung ausgesezt, aber es ist uns nicht gelungen, die einzige wirklich ernste Wendung der Dinge zu vermeiden, daß nicht ein Sachverständiger-Gutachten der zuständigen Bankiers der Welt unter Vorbehalt Belgien die französische Reparationspolitik sabotiert.

„*Écho de Paris*“ meint: Das Gutachten ist in London und in Washington nichts für die französische Regierung, dagegen schwärzt es dadurch, daß es die Durchführung gewisser Maßnahmen unerlässlich mache, den Kredit Frankreichs in diesen beiden Hauptstädten noch mehr als bisher. Dem aufstrebenden (?) Deutschland wiederum gebe es einen starken Rückhalt. Die Ausdehnung der Bankiers sei trotz der finanziellen Schwierigkeiten, mit denen sie umziedet werde, rein politischen Charakters und müsse als gegen die Rechte Frankreichs gerichteter politischer Akt abgestempelt und abgelehnt werden.

— *Petit Journal* fragt, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn zuerst die alliierten Regierungen selbst die Reparationsfrage gründlich geprüft hätten, bevor man sie den Bankiers vorlegte. — *Journal* erklärt: Frankreich hat gestern einen großen „moralischen“ und Bergmann einen bedeutenden materiellen Sieg davongetragen. — *Gaulois* schreibt: Die Bankiers geben zu verstehen, daß die Anleihe durchgeführt worden wäre, wenn Frankreich bereit gewesen wäre, sie anders als durch das Ultrofoto seiner politischen und nationalen Sorgen zu betrachten. Diese Sorgen sind indessen gerechtfertigt. In jedem Falle stehen wir mehr als je vor der feindlichen Wahl: Hollerle Aktion oder Verzicht auf das Gaulerbild der vollen Wiederherstellung.

„*Le Figaro*“ sagt: Wir stehen vor einer sehr deutlichen Erklärung, das Béto Poincaré hat den guten Willen der Sachverständigen gelähmt. Wie in der russischen Frage, so bekräftigt sich auch in der Debatte über die Reparationen Frankreich auf Proteste und glaubt seine Freiheit zu wahren, wenn es sich isoliert.

Englische Stimmen.

London, 10. Juni. Zu dem aus Paris gemeldeten Beschlus des Bankierausschusses, sich für drei Monate zu vertagen, nehmen bisher nur wenige Blätter Stellung. „Daily News“ bezeichnet diesen Beschluß als ein ernstes Ereignis. Jetzt werde die Lage in bezug auf Deutschland unmittelbar bedrängend. Deutschland habe die Annahme der Forderungen der Reparationskommission von einem Deutschland augenblicklich kommenden Anleihe abhängig gemacht.

Die, wo die unmittelbare Anleihe auf die Hilfe geschwunden sei, sei ein deutsches Verzäumnis wahrscheinlich, obgleich die deutsche Regierung es vielleicht möglich machen werde, in der Zeit bis zur Wiederaufnahme der Exporterungen weitere Zahlungen zu leisten. „Daily Express“ schreibt, die Forderungen Frankreichs aus Streichung der alliierten Kriegsschulden bedeuten unzählige Kosten von Seiten Amerikas und Großbritanniens. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten sei jeder sentimental Erwagung in bezug auf die den Vereinigten Staaten geschuldeten Summen entschieden abgeneigt. Sowohl Großbritannien in Vertracht komme, sei der Vorstoß, daß es keinen Anteil an den deutschen Reparationen erhalten solle, unabsehbar.

Blutiger Zusammenstoß beim Hindenburg-Beispiel in Königsberg.

Durchbrechung der Absperrengölette. — Kommunistischer Angriff auf eine Reichswehrabteilung. — Schwarze Schädel. Königsberg, 11. Juni. Der erste Tag des Hindenburg-Beispiel in Königsberg ist am Sonnabend ruhig verlaufen. Der Empfang auf den Straßen, ein Begegnungsempfang im Rathaus und in der Universität war von großer Herzlichkeit. Ueberrall wurde dem Feldmarschall begeistert gebuhlt. Am Sonntag mittag kam es jedoch bei Gelegenheit einer konservativen Gegendemonstration gegen die Kundgebung, welche die Krieger- und Militärsvereine aus den Bezirken Königsberg und Gumbinnen, sowie die Studentenschaft und zahlreiche andere Männer- und Frauenvereine auf dem Devau-Platz zu Ehren des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg veranstalteten, zu einem

Zusammenstoß zwischen einer Abteilung der Reichswehr und Kommunisten.

Ein Trupp Kommunisten hatte die polizeiliche Absperrengölette am Königsstor durchbrochen und war in der Richtung nach dem Devau-Platz gezogen. Bei den letzten Häusern von Kaliberg wurden die Kommunisten indessen von der Schuppspolizei am weiteren Vordringen zum Devau-Platz behindert. Auf Aufforderung ihres Führers traten sie den Rückweg nach der Stadt an. Hierbei erfolgte der Zusammenstoß mit einer Abteilung der Reichswehr, bei dem fünf Personen verletzt wurden, darunter eine tödlich.

Über den Zusammenstoß teilt das Königsberger Wehrkreiskommando mit: Bei dem Anmarsch der Truppen des Standortes Königsberg zur militärischen Parade vor dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg auf dem Kasernenhofe der Pionierskaserne wurden auf den mit dem Polizeipräsidium vereinbarten beiden Anmarschstränen die Truppen und auch einzelne Offiziere von linksradikalen Teilnehmern einer gegen den Feldgottesdienst der Kriegervereine u. u. auf dem Devau-Platz einberufenen Gegendemonstration aufs gräßlichste beleidigt und tatsächlich angegriffen. Ein starker planmäßiger Angriff richtete

ein Trupp Kommunisten gegen die 2. Abteilung des Artillerie-Regiments Nr. 1 in der Königs-Allee, offenbar in der Absicht, die Truppen zu entwaffnen. In dem entstehenden Handgemenge wehrte sich jedermann, wo er angegriffen wurde, teils mit dem Dolken, teils mit dem aufgespannten Seitengewehr, einschließlich besonders braver Leute mit der Schußwaffe. Es wurden etwa 15 Schüsse abgegeben. Erst nach dem Beschluß der Schußwaffen stoben die Demonstranten aus einander. Nach Mitteilung der Polizei ist eine Civilperson durch Überhauptbeschüsse getötet, vier Demonstranten durch Überhauptbeschüsse verwundet worden. Der Rückmarsch der Truppen vor der Parade vollzog sich reibungslos. (wbd.)

Französische Gewaltaktion in Beuthen.

Beuthen, 10. Juni. Gestern abend gegen 9½ Uhr wurde eine Civilperson, wie es sich später herausstellte, ein italienischer Offizier, von einer französischen Patrouille ohne Grund belästigt. Als mehrere Bürger für ihn Partei nahmen, führten die Franzosen den Italiener ab. Kurz darauf wurden Civilpersonen von der selben Patrouille auf der Tarnowitzer Straße belästigt. Die Patrouille, die sich nunmehr anscheinend bedränzt fühlte, stieß in ein Haus und schoß von einem Fenster aus auf die dort versammelte Menge. Der völlig unbeteiligte Bürger starb auf Bismarckstraße wurde durch einen Halsbüschel getötet. Ein Angriff auf die französische Patrouille war weder auf der Bismarckstraße noch auf der Tarnowitzer Straße erfolgt. Gestern abend ereignete sich ein ähnlicher Zusammenstoß zwischen französischen Offizieren und Bürgern gegen 11½ Uhr abends auf der Friedrichstraße Ecke Sonnensmarktstraße. Hier schoßen zwei französische Offiziere auf die Arbeiter Nitsch und Karmenski. Der eine Arbeiter erhielt einen Geschichtschuß und erlag bald seinen Verletzungen, der zweite wurde schwer verwundet.

Beuthen, 10. Juni. In der letzten Nacht kam es hier und besonders in der näheren Umgebung der Stadt zu starken anhaltenden Gewehrs- und Revolverbeschüssen. Auch das Gefüllter von Maschinengewehren und Detonationen von explodierenden Handgranaten waren deutlich vernembar. Erst am Morgen trat Ruhe ein. Wie verlautet, war das Feuer gegen unsaurere Elemente gerichtet, die in die Stadt einbringen wollten. (W. T. B.)

Belagerungszustand in Ratibor.

Beuthen, 11. Juni. Auf Veranlassung der Interalliierten-Kommission wurde mit dem heutigen Tage über den Landkreis und den Stadtkreis Ratibor der Belagerungszustand verhängt. (W. T. B.)

Der Prozeß um die Ermordung Erzbergers.

Eigner Drabbericht der Dresden. Nachrichten. Ossenburg, 10. Juni. In der Vormittagssitzung am Sonnabend wurde mit der Begegnungseröffnung über die Spuren der beiden Mörder Schulz und Tilleßen fortgesetzt. Ein Polizeibeamter aus Saalfeld schildert die Durchsuchung der Wohnung der Familie des Schulz in Saalfeld. Es wird festgestellt, daß in Saalfeld zwei Familien namens Trosz wohnen, was besonders darum wichtig ist, weil der eine der Täter in Budapest sich diesen Namen beigelegt hatte. Der 18-jährige Obersturmkommandant aus Spandau erklärte auf Begegnung, daß Schulz und Tilleßen vom 6. bis 11. August während ihrer Anwesenheit über Politik in Spandau nicht gesprochen hätten. Als nach dem Vorbericht die Täterbeschreibung bekannt geworden sei, haben sie jedoch geflüchtet. Es wurde festgestellt, daß der junge Obersturmkommandant einen Brief in blauem Umschlag nach Kassel an Schulz geschickt habe. An ein Telegramm, in welchem er gebeten wurde, die Post nachzusenden, kann er sich nicht mehr erinnern. — Fräulein Emma Siegler, Inhaberin des „Goldenen Hirten“ in Ulm, befürchtet, daß Tilleßen unter demselben Namen vom 17. bis 20. bei ihr gewohnt

